

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Ersteinst. täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei



Insertionspreis: M. für die 6spaltige Korpusgröße oder deren Raum, Restzeilen, die 2spaltige Korpusgröße. M. für die 4spaltige Korpusgröße oder deren Raum, Restzeilen, die 2spaltige Korpusgröße. M. für die 3spaltige Korpusgröße oder deren Raum, Restzeilen, die 2spaltige Korpusgröße. M. für die 2spaltige Korpusgröße oder deren Raum, Restzeilen, die 2spaltige Korpusgröße.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Päßig, für den Inserententeil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 288

Sonntag den 11. Dezember 1921.

80. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Weihnachtsfeier des städt. Kinderhorts

Sonntag den 11. Dezember 1921 nachmittags 4 Uhr im Saale des Goldenen Löwen in Wilsdruff. Alle Freunde und Gönner aus Stadt und Land sind herzlich eingeladen. Eintritt 2 M., für Kinder 1 M., einschließlich Steuer. Vorverkauf Sonntag abend den 10. Dezember während der Rassenstunden in der Stadtkasse.

Wilsdruff, am 6. Dezember 1921.

Der Stadtrat.

Mehlpreise.

Nach Gehör des Ernährungsausschusses wird für das Gebiet des Kommunalverbandes Meißen Stadt und Land mit Wirkung vom 10. Dezember 1921 der

Mehlhöchstpreis, den die Bäcker und Mehlhändler für den dz Mehl, frei Bäckereilager, an die Mühle zu entrichten haben, wie folgt festgesetzt:

323,20 Mk. für Roggenmehl,
346,75 Mk. für Weizenmehl.

Die Brot- und Semmelpreise sowie die Mehlpreise für den Kleinhandel bleiben in der bisherigen Höhe bestehen, wie sie in der Bekanntmachung vom 11. August 1921 festgesetzt worden sind.

Meißen, den 9. Dezember 1921.

Kommunalverband Meißen Stadt und Land.
(Die Amtshauptmannschaft.)

— 297 II E. —

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Der sozialpolitische Ausschuss des Reichstages legte die neue Versicherungsgründe für die Krankenversicherung auf 40 000 Mark Jahreseinkommen fest.
- * Der Reichsrat stimmte den Vorlagen über neue außerordentliche Erhöhung der Post- und Telegraphengebühren zu.
- * Es besteht die Absicht, die angeforderte Hilfe für Invaliden- und Kleinrentner so zu gestalten, daß für Invaliden eine Milliarde und für Kleinrentner 100 Millionen aufgewendet werden.
- * Der Dollarkurs sank an der Berliner Freitagbörse bis auf 184 bis 188 Mark.

Fernes Leuchten.

Politische Reden schleppen nun einmal das Wortteil mit sich durch die Welt, daß sie immer und überall garstige Reden seien, und nun gar in einer Zeit, in der wieder die alten, ewig schönen Weihnachtsmelodien von Frieden und Freude klingen und die Adventsglocken neue Zuversicht und Hoffnung in das Land hinausläuten, wer will da Sinn und Gemüt in seinen Rufstunden noch mit Nachgrübeln über den Streit der Parteien oder über die diplomatischen Künste und die kleinen Geschäftsmacher in Kabinetten und Parlamenten und auf internationalen Kongressen gegenständig zu überwoitelen suchen? Mancher wohl überflüssig da mahnend und eilig den politischen Teil der Zeitung, liest hier etwas von neuen Steuern, da von schwandenden Kurven der Weltmarken und Wertpapieren, dort etwas von Ministerreden in fremden Kammern und Senaten, und darunter wohl auch etwas von den verurteilten Verurteilungen in Washington, wo man sich durchaus gut betragen wollte, und wo der alte Weltfriedensengel doch immer wieder einen bösen Schabernack nach dem andern spielt, so daß sogar die gewiß friedfertigen Chinesen mit der Abreise vom Kongress drohen — so, so, und man blättert weiter. Aber nicht doch! Einen Augenblick wollen wir uns gerade bei den langgezogenen Söhnen des Reiches der Mitte verweilen. Schreien wir e.

Was ist denn besonders dabei, wenn die Chinesen mit der Abreise drohen? Es wird soviel gedroht, und so wenig Drohungen werden ausgeführt. Besonders wenn der Schwache dem Bunde der Starken gegenüber einen festen Willen zeigen möchte, bleibt es allzu leicht bei der großartigen Geste. Das wird man ja abzuwarten haben, aber darauf kommt es auch gar nicht an. Das Überraschende liegt hier tatsächlich schon in der Drohung allein. Die Washingtoner Konferenz will ja als eine ihrer wichtigsten Aufgaben auch die Fragen des Fernen Ostens regeln, und dabei ist das riesenhafte und doch so ohnmächtige Reich der gelben Jopfräger der Mittelpunkt aller Blicke. Dort ist der Treffpunkt aller derjenigen, die sich gern etwas holen möchten, und für die der weite Weg keine Rolle spielt. Nun sind aber der Bewerber gar viele, die nicht nur friedlichen Handel mit dem reichen Lande treiben möchten, sondern bei dieser Gelegenheit auch dieses oder jenes größere oder kleinere Stückchen des Reiches selbst mit sich nehmen wollen. Dabei gerät man leicht in Meinungsverschiedenheiten, und weil man keinen neuen Krieg haben möchte, — wenigstens jetzt noch nicht gleich —, so setzt man sich an den grünen Tisch und berät über die Verteilung der „Interessensphären“, über die „offene Tür“ in China und wie die schönen Überschriften zum Thema „Ich nehme, du nimmst, usw.“ alle heißen mögen. War es mehr als eine Höflichkeit, daß man die Chinesen selbst zur Konferenz einladet? Was kann China ausdrücken, falls es wirklich ernsthaft etwas nicht will, was die anderen wollen? Ja, wenn es so wäre, daß die andern wirklich gemeinsam etwas wollen! Das hat es im Fernen Osten jahrzehntlang gegeben, aber damit scheint es vorbei zu sein. Zu nahe ist man dem Reich der Mitte auf den Leib gerückt, und die früheren gemeinsamen Interessen sind längst konkurrierende und gegnerische Pläne geworden. Dort aber, wo widerstreitende Kräfte einander fast die Waage halten, sind auch geringere Energien imstande, das Jünglein an der Waage hierhin oder dorthin zu wenden. Groß sind die Kräfte allerdings nicht, die China in die Schanze zu schlagen hat. Einen behandelten und verhor-

delten Gegenstand, laun aber eine selbst handelnde Person hat die Regierung in Peking bisher dargestellt. Soll das nun anders werden? Innere Schwäche und Zerrissenheit infolge mehrerer Revolutionen und dauernder Bürgerkriege zwischen der Zentralgewalt und ausländischen Provinzen machten es unfähig, die Schmarotzer, die sich an seinen Grenzen festzusetzen, abzuschütteln. Jetzt aber nimmt es einen Anlauf zur Selbstbestimmung auf die eigenen inneren Kräfte, die es in Gestalt unerschöpflich reicher Bodenschätze und eines auch durch den vermeintlichen Einfluß einer überalterten Kultur in seiner Lebenskraft keineswegs beeinträchtigten Volkes von einer halben Milliarde besitzt. China, solange das ohnmächtige willkürlich angriffsbereite Großmacht, erwacht aus seinem Dämmerzustand und spricht am Tische der Gewaltigen ein ernstes Wort, auf das niemand eine höhnisch lächelnde Antwort hat, denn keiner traut seinem Nachbarn und keiner weiß, was im Schoße des schlafenden Riesenreiches für Kräfte und Energien erwachen können. Jeder beachtet das Aufkeimen eines neuen Willens in der Dämmerung der passiven Widerstandslosigkeit, denn man hat China viel leicht nicht zu fürchten, aber, was wichtiger ist, man braucht es. Und das ist die Stärke, deren es sich jetzt bewußt wird.

Diese Feststellung aber schlägt sofort eine Brücke vom Fernen Osten nach unserer deutschen Heimat. Sind nicht auch wir die wehrlose Objekt der Ausbeutungsgelüste eines Ringes starker Gegner? Aber hat sich nicht auch bei uns schon gezeigt, daß die Erkenntnis von der Notwendigkeit der deutschen Arbeit für Europa bei vielen unserer Bedränger an Boden gewinnt? Europa braucht das deutsche Volk und das deutsche Staatsvolken, und auch der Gedanke daran, uns an denselben Konferenztisch zu bitten, an dem die Gewaltigen dieser Erde sitzen, hat nichts Absonderliches mehr an sich, auch nicht in den Augen der Diplomaten von Paris und London. Auch wir sind ein reiches, begabtes Land und ein Volk von unverwundlicher Lebenskraft, aber auch bei uns ist das von außen hereingetriebene Unflut durch inneren Zwist verschlimmert worden. Geschädigte Bergleide lassen sich nie in die Einzelheiten fortzuführen, und dennoch lebt auch bei uns der Glaube, daß einmal die Zeit kommen wird, wo Deutschlands friedliche, wirtschaftliche und politische Stellung in der Welt wieder so groß sein wird, daß man überall aufhorcht, wenn wir vom Tische übermächtiger Verhandlungspartner protestierend aufstehen. Die Vorgänge im Fernen Osten haben jetzt für uns nur die Bedeutung eines Sinnbildes, in welchem wir die schleichenden Gesetze der historischen Entwicklung wiedererkennen. Dieses Bild zeigt uns wie ein fernes Leuchten, nur wie eine Abendsonne. Aber wir glauben daran, daß auch für uns der Weihnachtstag kommen wird, an dem das nahe und helle Licht der Freiheit uns wieder in vollem Glanze strahlen wird.

Gewaltige Erhöhung der Postgebühren.

Zustimmung des Reichsrats.

Die von der Reichspostverwaltung vorgeschlagene neuerliche Erhöhung der Post-, Telegraphen- und Fernsprechgebühren übersteigen bei weitem alle Vorstellungen, die man sich bisher gemacht. Sie sollen der Post eine Mehreinnahme von 5 1/2 Milliarden Mark bringen. Trotzdem sollen sie nach der Begründung nicht imstande sein, das vorhandene Defizit zu decken. Weitere Maßnahmen sind notwendig. Die neuen Sätze, denen der Reichsrat zustimmte, lauten wie folgt:

Briefe und Postkarten. Der Brief bis 20 Gramm soll künftig im Ortsverkehr eine Gebühr von 1 Mark, im Fernverkehr von 1,50 M. tragen; die Postkarte im Ortsverkehr 0,60 Mark, im Fernverkehr 1 Mark. Die Gebühr für das Packchen wird von 1,50 Mark auf 4 Mark gesteigert. Der Paketgebührentarif soll anstatt jetzt von 3 Mark bis 24 Mark, künftig sich von 5 Mark bis 36 M. bewegen. Im ganzen ist das eine Erhöhung um das Fünffache bis Zwanzigfache und mehr gegen die Vorkriegszeit. Dem reichen sich entsprechende Erhöhungen der Postschekengebühren an. Die Telegrammgebühren steigen für das Wort von 0,30 auf 0,75 Mark und für das Telegramm mindestens von 3 Mark auf 7,50 Mark. Für die Fernsprechgebühren sollen die in dem neuen Gebührentarif vom 1. Oktober festgesetzten Gebührensätze durchweg noch um 80 Prozent erhöht werden.

Alle diese Gebührenerhöhungen sollen mit dem 1. Januar 1922 in Kraft treten, abgesehen von den Erhöhungen der Zeitungsgebühren, für die der 1. April 1922 vorgesehen werden mußte. Hinsichtlich der Post- und Postschekengebühren sowie der Telegraphengebühren soll es für künftige Veränderungen nicht mehr des Gesetzesweges, sondern nur der Zustimmung durch den Reichsrat und eines aus 21 Mitgliedern bestehenden Ausschusses des Reichstages bedürfen, wie dies bereits bei den Fernsprechgebühren der Fall ist. Die Reichsratsausschüsse sind der Überzeugung, daß bei den Reichspost ebenso wie bei den Reichseisenbahnen sonstige Wege zu einer Sanierung der Reichspost geprüft werden müssen. Der Reichsrat bezeichnet als Voraussetzung seiner Zustimmung, daß bis zum 1. April 1922 von der Reichsregierung Vorschläge gemacht werden, deren Durchführung geeignet ist, das Gleichgewicht zwischen den Einnahmen und Ausgaben des Poststaats herzustellen. Unter den Wegen, die hierfür vorzugsweise in Betracht kommen, steht an erster Stelle die Personalverminderung. Der Entwurf über die Fernsprechgebühren soll bestimmen, daß jeder Fernsprechteilnehmer berechtigt ist, seinen Anschluß bis zum 2. Dezember 1921 auf den 31. Dezember d. J. zu kündigen. Eine Eingabe des Vereins Deutscher Zeitungsverleger wurde für erledigt erklärt.

Der Kapp-Putsch vor dem Reichsgericht

Leipzig, 9. Dezember.

Die Zeugenvernehmung im Kapp-Putsch hat die Eigenartlichkeit, daß die krummen Zeugen weit interessanter ausfallen als die rechten. Diese stummen Zeugen stellen sich dar in Gestalt von Briefen, Dokumenten der Kapp-Regierung und einem Tagebuch des mitangefallenen, aber nicht auffindbaren Schriftstellers Dr. Schützler. Zunächst kamen zwei Zeugen zu Wort, die in Fählung mit den Kappisten standen, aber nicht der Mittäterschaft beschuldigt werden. Was Hauptmann Grabowitsch ausagte, war im wesentlichen ein neuer Beweis für die unzulängliche Vorbereitung des Putsches und seine miserabel organisierte Durchführung. Keiner der Herren wußte recht, was er wollte, das ist Grabowitsch zusammenfassendes Urteil. Als eine wesentliche Wurzel



Freiherr von Wangenheim Traugott von Jagow.

Der ganzen Umsturzbewegung aber lernte man aus seinen Aussagen die Auflösung verschiedener Truppenteile kennen, die bei den Soldaten schwere Mißstimmung auslöste und sie zu Gegenständen verwendbar machte. Der andere Zeuge, Dr. Frohne, wiederum kennzeichnete die Putschpläne dadurch, daß bei ihrer Beratung auch der Gedanke einer bloßen friedlichen Demonstration des Militärs gegen die Auflösungen erörtert wurde.

Sehr eigenartig berührte die Verlesung von Schützlers Tagebuch, das eine Fülle von Angaben über Kattagehabte Unterredungen, Beziehungen zu vielerlei Persönlichkeiten und vor allem eine Menge von Entwürfen und Plänen, Regierungsprogrammen, Aufzügen usw. enthält, die aber größtenteils nur Privatarbeiten des Verfassers gewesen zu sein scheinen, ohne daß sie von der Kapp-Regierung übernommen worden wären. Immerhin sind sie kennzeichnend für den Geist des ganzen Kreises, so z. B., wenn darin die Rede davon ist, wie die linksstehende Presse unterdrückt, die abriale